

## **Zum Haushalt 2011**

Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,  
liebe Albstädterinnen und Albstädter,

**Weiter machen wie bisher** – das ist der ganze Kern des Haushalts 2011, der heute dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorliegt.

**Aber: Erstens wollen die Menschen in dieser Stadt nicht Opfer dieses Kurses sein und zweitens brauchen wir positive Alternativen.**

Der Haushalt 2010 in Albstadt war ein Krisenprogramm zu Lasten der Albstädter. Die Kürzungen und Einschränkungen bis hin zur eingeleiteten Zerschlagung kommunaler Einrichtungen und Errungenschaften sind voll im Gang.

- Angriffe auf Stadtbüchereien, Galerie, Vereine, ehrenamtlich Tätige, Sozialpass ade,
- Schließung von Hallenbädern,
- Angriffe auf die Arbeitsverträge der Beschäftigten in der Musik- und Kunstschule,
- Erhöhung fast aller Gebühren
- Dabei ist die Erhöhung der Krippengebühr in Margrethausen und Onstmettingen um fast das 3fache ein unerträglicher Schlag gegen junge Familien.

Man streicht und kürzt, als hätten die Menschen im letzten Jahr Lohnerhöhungen von 12 bis 20 % bekommen. Aber das ist nicht so. Im Gegenteil.

Eine Zunahme des Einkommens hatten nur diejenigen, die trotz und in der Krise mächtig Gewinne gemacht haben.

Im Vertrauen auf die Albstädter hat ZUG vor einem Jahr gesagt: Diese Maßnahmen der Stadt werden den Widerstand hervorrufen. Mehr noch: der Widerstand muss sich bündeln.

Nun, die letzten Tage und Wochen haben diese realistische Prognose eindrucksvoll bestätigt. Die Albstädter haben begonnen, um den Erhalt und Ausbau ihrer Lebensqualität zu kämpfen und wollen diese auch in den Stadtteilen verwirklicht sehen.

**In der vorliegenden Haushaltsplanung** steht schon fest, dass sich Albstadt in den nächsten drei Jahren mit zusammen 13,2 Mio. € an weiteren Krediten verschulden soll. Noch immer lastet der zweithöchste Schuldenberg aller Zeiten auf der Stadt. Von den 13,2 Mio bis 2014 sollen wir im gleichen Zeitraum 8,54 Mio an Zinsen zahlen. Mussten schon im letzten Jahr 38 % der neuen Kredite allein für Zinsen aufgewendet werden, dann sind das bis 2014 bereits 64% der Kreditsumme! Und trotz aller Tilgung wird der Schuldenberg dann nur um 1,5 Mio niedriger sein als 2011.

Was könnte Albstadt mit den 8,54 Mio alles im Interesse der Bevölkerung investieren! In Schulen, in Bäder, in Jugendeinrichtungen der Kultur und des Sports - in alle Teilorte, nicht nur Ebingen!

Genau aus diesem Grund ist eine äußerst **wertvolle Auseinandersetzung um die Schulden der Stadt** entbrannt:

- was hat es mit dem nicht enden wollenden Schuldenberg der Stadt Albstadt auf sich?
- Wer hat ihn verursacht und wer hat daran ein Interesse?
- Keine Arbeiterfamilie könnte sich so was leisten. Kann man überhaupt noch begreifen, was hier abgeht?

- Und wo soll das hinführen?

Seit Jahren und Jahrzehnten, da gebe ich Herrn Konzelmann Recht, werden immer wieder Schulden gemacht, und es wird jährlich getilgt. Und trotzdem ist der Schuldenberg stetig gewachsen. Für die Kredite zahlt die Stadt Zinsen und nicht wenig, im Schnitt im Jahr mehr als 2 Mio., wofür die Albstädter aufkommen müssen.

Kurz: Es ist ein sich ständig erweiterndes System auf allen Ebenen der öffentlichen Finanzen: Schulden, Kredite, Zinsen, - Schulden Kredite, Zinsen...

Da sprudeln Jahr für Jahr, Jahrzehnt für Jahrzehnt Zinsen aus den Steuermitteln der Bürger in die Taschen der Kreditgeber. Staatlich garantiert, alles rechtens, und das soll so bleiben. Es gibt ja einige, die das für alternativlos halten, weil es ihren wirtschaftlichen und politischen Interessen entspricht.

Das ist **eine** Ursache des Schuldenbergs: Eine Steuer- und Subventionspolitik, die die Wohlhabenden auf Kosten der Masse begünstigt. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang den Hinweis, dass allein im Krisenjahr 2009 das Finanzvermögen der Wohlhabenden in diesem Land um sage und schreibe 250 Mrd. € wuchs.

Eine **weitere Ursache für den kommunalen Schuldenberg** hier und anderswo ist:

Die Umverteilung der Steuereinnahmen von unten nach oben, zu Lasten der Kommunen, die aber immer mehr Aufgaben finanzieren sollen.

Konkret und aktuell: Die Bundesregierung will die Rentenzuschüsse für Hartz IV Empfänger streichen – die Kommunen müssen in der Folge mehr für die Grundsicherung ausgeben. Die Bundesregierung will ihre Beteiligung an Unterbringungskosten von 25 auf 23 % absenken, - wer zahlt diese so genannte Einsparung? Natürlich die Kommunen. So geht das schon seit Jahren.

Über diese Umverteilungspolitik zahlen auch wir Albstädter Großprojekte wie S 21.

Auch wir finanzieren den milliardenschweren Rückkauf von EnBW-Aktien mit, angeblich ohne Belastung für die Bevölkerung.

Auch wir finanzieren das Geschenk der Laufzeitverlängerung an die Atomlobby mit.

Auch wir finanzieren Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland mit

Auch wir sollen für den neuen 11 Mio.-teuren Sprengplatz direkt vor unserer Haustür mitfinanzieren.

**Denn Land und Bund brauchen dazu gewaltige Mittel, die sie unter anderem an den Kommunen „einsparen“.**

*Manchem von Ihnen geht jetzt sicher wieder durch den Kopf „ was soll das alles, wir sind doch in Albstadt, was hat das mit unserem Albstädter Haushalt zu tun... “*

Es gibt hierzulande häufig eine Denkweise gegenüber der Bevölkerung: schert euch nur um eure eigne Sach, alles andere werden andere für euch schon richten. Und das soll auch für den Gemeinderat gelten.

Nun hat aber die eigne Sach leider und dummerweise die Eigenschaft, dass sie mit der Landes- und Bundespolitik, erst recht mit den Interessen der internationalen Konzerne und Banken immer unmittelbarer verknüpft ist. Das wissen die meisten hier auch. Aber man will sich da raushalten, weil sonst die hinter dieser Denkweise stehenden Interessen kritisch auf den Tisch kommen würden.

*Ich möchte Ihnen mit dem Physiker Albert Einstein antworten: Einstein sagte treffend: **Man kann ein Problem nicht mit derselben Denkweise lösen, wie es entstanden ist.***

*Und mit derselben Denkweise wie der auf uns lastende Schuldenberg von rund 60 Mio. € zustande gekommen ist, werden wir ihn hier auch nicht los werden.*

**Neue Alternativen sind also gefragt, wenn man sie überhaupt will!**

Hier vor Ort wird die verführerische Ideologie verbreitet, man müsse „sparen um zu investieren“. Das ist eine **dritte Ursache** für die städtischen Schulden. Jedoch, unter investieren kann man Vieles verstehen.

**Seit langem wird eigentlich nur noch dort in größerem Maß investiert, wo Zuschüsse winken**, oder private Investoren tätig werden. Das hat aber einen Haken, wo Zuschüsse winken, da muss die Stadt auch Geld locker machen – da sie aber verschuldet ist, bleibt nur ein Ausweg: neue Schulden machen. So einen Unsinn kann sich keine vernünftige Familie, keine Arbeiterin und kein Arbeiter leisten. Bei der Stadt aber wird das gemacht.

**ZUG ist da ganz anderer Meinung:** Investieren ja, aber in Bäder für alle, Büchereien für alle Altersgruppen der Bevölkerung, in den Erhalt auch der Wohnstraßen aller Bürger dieser Gemeinde. Denn für diese Kosten haben die Bürger Steuern gezahlt, deswegen sind diese Kosten auch nicht mit dem scheußlichen Wort „Abmangel“ zu bezeichnen.

Dazu gehört auch, dass die Leute nicht ein zweites Mal für kommunale Leistungen zahlen wollen. Erst sollen sie Steuern zahlen und dann werden sie noch mal für immer mehr und höhere Gebühren abkassiert.

**Die vierte und aktuelle Ursache für den Schuldenberg** liegt in der Weltwirtschafts- und Finanzkrise. Die Gewerbesteuer ist hier in Albstadt letztes Jahr um 75 % eingebrochen. Das waren 20,6 Mio. Ich wiederhole es erneut: Dafür trägt die Masse der Bevölkerung nicht die Verantwortung. Sollen doch die zahlen, die für diese Krise verantwortlich sind und die politisch dieses Finanzsystem für alternativlos halten.

**ZUG hat schon seit langem eine Erhöhung der Gewerbesteuer gefordert.** Wenn sich nun im Gemeinderat dafür weitere Stimmen finden, dann ist ZUG mit dabei.

Weil ZUG den Mut besitzt, die alten interessengebundenen Denkweisen konsequent in Frage zu stellen, forderte ich vor einem halben Jahr die Verantwortlichen der Stadt auf, für ein Schuldenmoratorium zu kämpfen und für eine Reform der Gemeindefinanzen, die diesen Namen wirklich verdient. Auf diese positiven Vorschläge gab es keine ernste Reaktion.

**Ihr Weg besteht darin**, Jahr für Jahr mit neuen so genannten „Spar“-maßnahmen die Leute zu provozieren.

Heute sind die Hallenbänder dran, morgen die Schulen, dann vielleicht der Nahverkehr, die Schülerbeförderung, die Friedhofsgebühren o.ä.

Sie wollen „die Bürger mitnehmen“ – aber es liegt doch auf der Hand: die Menschen wollen dafür gar nicht mitgenommen werden, dass ihnen weitere Lasten aufgebürdet werden. Da kann moderiert werden soviel man will.

**Es muss ein grundlegend anderer Kurs gefahren werden.** Dazu braucht es eine gesellschaftliche Zukunftsdebatte auch für die kommunalen Finanzen. Dazu schlagen wir als erstes vor:

- **Ein Schuldenmoratorium und Streichung der Schulden in Höhe der schon geleisteten Zinsen**
- **Neuordnung der Gemeindefinanzen nach dem Grundsatz der Schuldenfreiheit und finanzielle Ausstattung durch Bund und Land entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung. Das wäre eine echte Konsolidierung.**

- **Albstadt muss sich mit anderen Kommunen zusammen schließen, die sich schon gemeinsam für eine Kurskorrektur einsetzen.**

Solange weitergemacht wird wie bisher, solange werden Sie die Probleme nicht los.

Manche meinen: ZUG mache es sich zu leicht mit solchen Forderungen.

Sie sind es jedoch , die es sich zu leicht machen mit den alten abgewirtschafteten Wegen und Denkmustern der Ruinierung der Gemeindefinanzen, wo die Bürger immer mehr aus den Augen geraten.

**Bei Fortsetzung der bisherigen Politik werden Sie den Unmut und Protest der Bevölkerung nicht mehr los.**

In ihrem Interesse kann und will ich dem vorgelegten Haushalt 2011 nicht zustimmen.